

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	19. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. Dezember 2015, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

Punkt 13 der Tagesordnung: Fortführung des Projektes Baden-Airpark

Vorlage: 2015/0688

dazu:

Eigenständige Finanzierung des Baden-Airparks

Ergänzungsantrag der Stadträtin Bettina Lisbach und des Stadtrats Joschua

Konrad (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom

14. Dezember 2015

Vorlage: 2015/0740

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Fortführung des Projekts Baden-Airpark (Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden mit Gewerbepark Baden-Airpark) unter den genannten Bedingungen zu und ermächtigt die Verwaltung bzw. die Vertreter in den beschlussfassenden Gremien der Baden Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH, der Baden-Airpark GmbH und des Zweckverbandes Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen, die entsprechenden Erklärungen zum Abschluss der Fortführungsvereinbarung, zu der Änderung der Kostenquote bei der Straßenlast/Bebauungsplankosten sowie zur Aufstellung des Investitionsprogramms abzugeben.

Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass Anpassungen der Vereinbarungen nicht grundsätzlicher Art noch vorgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: einstimmige Zustimmung

Ergänzungsantrag: 12 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen, ansonsten Ablehnung

Der Vorsitzende setzt um 19:20 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie den Ergänzungsantrag und die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich möchte noch einmal auf einige wesentliche Punkte kurz hinweisen:

Der Baden-Airpark ist ein Vorzeigeprojekt einer gelungenen Zusammenarbeit in der TechnologieRegion Karlsruhe, ein interkommunales Gewerbegebiet, das hervorragend funktioniert und mit dem nicht nur ein Flughafen gerettet werden konnte, sondern das auch ein regional bedeutender Wirtschaftsstandort zum gemeinsamen Nutzen aller Partner geworden ist. Entgegen der ursprünglichen Annahmen hat es sich finanziell hervorragend entwickelt. Der operative Betrieb außerhalb der Ausschreibungsverpflichtungen ist knapp positiv. Was aber noch erfreulicher ist, ist der Gewerbepark, in dem mittlerweile 2.500 Arbeitsplätze entstanden sind. Ein großer Teil der Betriebe in diesem Gewerbepark sind flughafenaffine Betriebe, die sich ohne den Flughafen dort nicht etabliert hätten.

Diese Umstände erlauben uns heute, Ihnen die Fortführung des Projekts zu empfehlen mit der gleichzeitigen Aussage, dass keine weiteren Finanzmittel mehr bereitgestellt werden müssen. Sollte dies irgendwann vielleicht doch noch einmal nötig sein, müsste man neue Beschlüsse fassen. Aber für das nächste Jahrzehnt plus/minus ist erst einmal alles – selbst, wenn es sich nicht noch verbessern sollte – abgesichert.

Es ergibt sich eine geringe finanzielle Belastung über unsere Beteiligung am Zweckverband Gewerbepark mit Regionalflygafen Söllingen. Diese Belastung würden wir aber aus den Gewerbesteuererinnahmen nehmen, die wir gleichzeitig von dort generieren. Seit 1998 sind anteilig 2,2 Mio. Euro Gewerbesteuer an die Stadt Karlsruhe geflossen. Da wir jetzt keine jährlichen Finanzmittel mehr dort hinein geben, haben wir nur noch einen positiven Rückfluss aus dieser Investition.

Wir verändern hier jetzt einige Punkte - das kennen Sie – und übernehmen ein bisschen mehr Verantwortung für die Straßenlast dort, aber auch für die Entwicklung des Gebietes, weil es durchaus konkurrierende Interessen zwischen dem Flughafenbetrieb und der weiteren Entwicklung des Gewerbegebiets gibt. Uns ist wichtig, dass wir uns auch an Investitionen beteiligen, die am Ende die Neuansiedlung wiederum auslösen oder überhaupt erst ermöglichen. Denn unser Ziel muss es sein, dort noch mehr Arbeitsplätze zu schaffen, noch mehr Gewerbe anzusiedeln und damit letztlich noch mehr Gewerbesteuererinnahmen zu erzielen. Das ist auch angesichts der durchaus begrenzten Gewerbeflächen, die es in Karlsruhe-Stadt noch gibt, dann ein gelungenes Modell, weil man von Gewerbesteuererinnahmen an anderer Stelle profitieren kann.

Zur Erläuterung ist mir noch einmal wichtig, bei dem Beschlusstext auf S. 1 im letzten Satz darauf hinzuweisen, dass es sich hier um drei Dinge handelt. Da fehlt ein Komma. Es ist mir noch einmal wichtig, dass Sie das richtig verstehen. Es geht um die entsprechenden Erklärungen

1. zum Abschluss der Fortführungsvereinbarung,
2. zur Änderung der Kostenquote bei der Straßenbaulast/Bebauungsplankosten,
3. zur Aufstellung des Investitionsprogramms.

Nur, dass deutlich wird, dass es hier um drei Punkte geht, die in diesem Satz hintereinander geschachtelt sind.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Herr Oberbürgermeister, Sie haben schon die wichtigsten Punkte aufgeführt und haben von einem Vorzeigeprojekt gesprochen. Das ist in der Tat so.

Ich möchte für meine Fraktionen sagen, der Baden-Airpark ist eine Erfolgsgeschichte, die es fortzuschreiben gilt. Der Flughafen hat sich national wie international etabliert und wird jährlich von rund 1 Mio. Passagieren genutzt. Passagiere, Geschäftsreisende aber auch viele private Personen und Familien, die den Flughafen nutzen. Bis heute haben sich rund 140 Unternehmen angesiedelt. Es wurden 2.500 Arbeitsplätze geschaffen. Weitere Ansiedlungen sind möglich und werden in unserem Sinne angestrebt.

Karlsruhe als Oberzentrum profitiert in besonderer Weise von diesem nahe gelegenen Flughafen, der Flugziele in viele Länder Europas anbietet. Denn der Flughafen ist ein wichtiger Standortfaktor für die Region und für die Stadt. Wenn ich jetzt allein an die mehrmals tägliche Verbindung von und nach Berlin denke, ist das für die Unternehmen hier in der Region, aber auch für Verwaltung und Politik nicht mehr wegzudenken. Die Linie ist wunderbar ausgelastet. Das ist wirklich ein Aushängeschild.

Deswegen ist es folgerichtig, dass die Stadtverwaltung uns empfiehlt, heute die Fortführung der Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2003 zu beschließen und somit eine wichtige wegweisende Entscheidung zu treffen für die Zukunft des Flughafens. In der Verwaltungsvorlage wird auch auf das Gutachten von McKinsey aus dem letzten Jahr eingegangen. Hier wird auch bestätigt, dass der Baden-Airpark eine gute Geschäftsperspektive hat und über eine ausreichende Finanzausstattung verfügt. Diese Leitungsfähigkeit gilt es auch in Zukunft weiter zu stärken. Hierbei sind neben der Gewinnung weiterer neuer Reiseziele und einer intensiveren Vermarktung der Gewerbeflächen, auch die noch bessere Verkehrsanbindung erforderlich.

Das möchte ich für meine Fraktion heute unbedingt noch einmal unterstreichen, dass wir dringenden den Autobahnanschluss für den Flughafen brauchen. Wer in die Richtung fährt und sieht, wie sich die Autos durch Hügelsheim und die Gemeinden schlängeln, das ist kein guter Zustand. Ich finde, wir sollten hier als Gemeinderat noch einmal ein Zeichen in die Richtung setzen, dass zügig eine Entscheidung herbeigeführt werden muss. Dazu gehört auch die erneute Prüfung des ÖPNV-Anschlusses. Das gehört für uns auch dazu, denn das ist überhaupt nicht befriedigend gelöst. Wir meinen, dass ein aufstrebender Flughafen, auch mit wachsenden Passagierzahlen, die Möglichkeit haben soll, eine verbesserte Anbindung des Flughafens an den ÖPNV zu bekommen.

Alles in allem stimmen wir, die CDU-Fraktion, heute zu. Wir wünschen dem Baden-Airpark eine glückliche und erfolgreiche Zukunft.

Stadtrat Marvi (SPD): Auch wir möchten in den Reigen des großen Lobes und der Erfolgsstory des Projekts Baden-Airpark einschwenken. Die Zahlen und Fakten sprechen für sich. Mit der Positionierung unter den TOP 17 Verkehrsflughäfen in Deutschland kann sich dieser Flughafen durchaus auch in größeren Dimensionen sehen lassen.

Ich möchte aber nicht vermissen zu betonen, auf welcher Grundlage und unter welcher Voraussetzung diese Erfolgsstory möglich war. Es war nicht nur das gute Management

der Gesellschafter und des Projektes, sondern diese Erfolgsstory ist ermöglicht worden durch beträchtliche Investitionen, eine beträchtliche Anschubfinanzierung aus Mitteln der öffentlichen Hand. Da sollten wir unser eigenes Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben gemeinsam diesen Mut aufgebracht, mit damals noch nicht ganz so günstigen Perspektiven dieses Militärgelände anzugehen und die Konversion durchzuführen. Wir sehen es auch so, dass auf Basis dieses Gutachtens erhebliche Potentiale nach oben in den kommenden Jahren für Jobs, für zusätzliche Destinationen, für mehr Fluggäste geschaffen werden. Es hat seinen Stellenwert und seine positive Rolle ohne Zweifel für unsere TechnologieRegion.

Der Streitpunkt in der Vergangenheit war jedoch – Sie wissen es -, dass unsere Fraktion skeptisch war in Bezug auf die Finanzierung, weil es für uns um die Grundsatzfrage geht, ob eine Flughafenfinanzierung in einem Ausmaß eine kommunale Aufgabe ist oder nicht eher eine Landes- oder Bundesaufgabe. Wir sagen aber, dass wir auf Basis dieser Beschlussvorlage und angesichts der exzellenten Ausgangsbedingungen für den weiteren Betrieb der zielgerichteten Investitionen in den Flughafen und den Gewerbepark und angesichts der Tatsache, dass der jährliche Zuschuss der Stadt Karlsruhe entfallen wird, dieser Vorlage sehr gerne zustimmen können und wünschen dem Projekt weiterhin einen guten Verlauf.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion sieht die Unterstützung des Regionalflughafens mit öffentlichen Geldern von jeher kritisch. Das ist auch immer noch so. Der Flugverkehr ist klimaschädlich, er ist mit großen Belastungen verbunden. Es ist keine öffentliche Aufgabe und schon gar nicht von einer Kommune, einen Regionalflughafen mitzufinanzieren.

Jetzt kommt das Gutachten – das ist das Gute dabei – dazu, dass im Augenblick ausreichend Reserven vorhanden sind, die voraussichtlich auch so die nächsten 10 Jahre wohl ausreichen werden. Es ist dann auch folgerichtig, dass die neue Rahmenvereinbarung zunächst keine weiteren Zuschüsse vorsieht. Insofern ist sie für uns, so wie sie im Moment auf dem Tisch liegt, zustimmungsfähig, weil keine Zuschüsse darin verankert sind. Nachdem wir jetzt so viel Geld in diesen Flughafen gesteckt haben, ist es natürlich auch sinnvoll, dass wir noch weiter mitreden und weiter mitgestalten, was die Zukunft des Airparks als Ganzes angeht.

Für uns ist aber der Schwerpunkt – das haben wir vor einiger Zeit schon einmal deutlich kommuniziert – die interkommunale Gewerbeentwicklung im Airpark. Wir meinen, dass da auch eine ganze Menge Gewerbe ist, so dass sich auch welches ansiedeln kann, das unabhängig vom Flughafen ist. Insofern ist es für uns richtig, dass man jetzt in den Gewerbepark investiert, wobei wir es schon sehr gerne gesehen hätten, dass von diesen millionenschweren Zuschüssen, die wir gegeben haben, jetzt etwas übrig ist, um ins Gewerbegebiet selbst zu investieren. Jetzt müssen wir wieder auf Gewerbesteuerentnahmen verzichten. Aber da das nicht um sehr viel Geld geht, können wir das für heute mitgehen.

Es ist sinnvoll, die Gewerbenutzung in diesem Airpark zu intensivieren, und gerade auch anstelle von großflächigen Parkplätzen eine sinnvolle Flächenpolitik und ein sinnvolles Flächenmanagement zu betreiben. Was wir aber nicht wollen, weil das in der Vorlage

angedeutet wird, jetzt möglichst schnell dort alles zubauen, denn die Flächen in unserer Region sind knapp. Auch da müssen wir aufpassen, wem wir was geben. Das muss auch eine qualitätsvolle interkommunale Gewerbeentwicklung sein. Auch darauf legen wir großen Wert bei der weiteren Entwicklung.

Jetzt zum Finanziellen und warum wir diesen Änderungsantrag gestellt haben: Die Vorlage lässt im Augenblick noch alles offen. Die sagt jetzt, 10 Jahre lang braucht man kein städtisches Geld; so weit okay. Wir schließen jetzt die Rahmenvereinbarung und danach muss gegebenenfalls neu beschlossen werden. Wir meinen aber schon, dass wir hier langfristig denken müssen. Uns ist wichtig, dass wirklich die finanzielle Unabhängigkeit des Flughafens die Zielsetzung ist. Wir wollen heute kein öffentliches Geld für den Flughafen geben; und wir wollen das auch in Zukunft nicht tun. Wir wollen deswegen auch, dass der Gemeinderat die Stadt Karlsruhe als Gesellschafter auffordert, in diesem Sinne auch auf die zukünftige Entwicklung des Flughafens Einfluss zu nehmen. Diesen Auftrag möchten wir geben. Deswegen haben wir heute diesen Änderungsantrag gestellt. Es gibt heute kein Geld. Es muss aber heute schon dem Flughafen klar gemacht werden, dass es auch in 10 Jahren keine zusätzlichen Investitionszuschüsse aus öffentlicher Hand geben wird. Das ist auch die Zielsetzung, die die Landesregierung verfolgt. Da sollten die Kommunen ebenso mitziehen. Deswegen bitten wir um Unterstützung für unseren Änderungsantrag.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich möchte beim Blick in die Geschichte etwas weiter zurückgreifen als 2003. Die Kanadier haben uns diesen Flughafen überlassen. Das bestand – ganz grob gesagt – aus drei Teilen. Ich sage das deshalb, weil ich der Meinung bin, dass die Stadt Karlsruhe hier vorbildlich agiert hat.

Teil 1 war der Wohnungsbau. Da haben wir uns, der Konzern Stadt, mit unserer Tochtergesellschaft Volkswohnung, hervorragend eingebracht im Sinne der Region - keineswegs selbstverständlich -, auch mit Geld, das wir mitgebracht haben.

Der zweite Punkt waren die damals potentiellen Gewerbeflächen. Dass das so etwas werden würde, war nicht absehbar. Wir sind das Risiko eingegangen; wir, die Stadt Karlsruhe.

Und wir haben einen Flughafen geerbt. Die Qualität des Flughafens bestand darin, die längste Landebahn im Südwesten zu haben. Aber ansonsten war eigentlich von dem, was da war, wenig brauchbar. Man hat die Landebahn erst einmal für Verkehrsflugzeuge tauglich machen müssen. Die ganzen Schuppen, die dort herumstanden, sind heute auch nicht mehr da. So ganz gemähte Wiese war das nicht.

Die Region hat es geschultert. Insbesondere nach 2003, nachdem – ich will diese Geschichte nicht vertiefen – die Region und der Flughafen Stuttgart eingestiegen sind. Man muss auch ganz klar sagen, dass es wichtig war, dass der Flughafen Stuttgart eingestiegen ist, weil dadurch auch eine Abstimmung des Flugverkehrs zwischen Stuttgart und Karlsruhe/Baden-Baden möglich war.

Jetzt stehen wir vor einer Situation, die ich 2003 nicht geglaubt hätte. Ich habe bezweifelt, dass es zu einem Steigflug kommt. Ich bekenne, ich habe mich geirrt. Es hat wirt-

schaftlich funktioniert. Von daher könnten wir jetzt sagen, geht das einfach so weiter. Wir werden heute auch nicht ablehnen.

Aber, Frau Lisbach hat das Wort Klimaschutz verwendet. Wenn wir die Beschlüsse von Paris ernst nehmen, dann wird es in den nächsten 10 bis 20 Jahren – so genau weiß das keiner, weil es immer nationale Gesetzgebung ist – dazu kommen, dass Flugverkehr entweder stärker besteuert wird oder z. B. das Flugbenzin besteuert wird. Dann wird sich die Frage, ob es weitere Steigflüge gibt, ganz neu stellen. Denn das kann heute keiner sagen. In dem Fall wird der Markt es regeln. Dann muss man das akzeptieren. Im Sinne des Klimaschutzes wäre es dann absolut die richtige Entwicklung, wenn dieser Flughafen dann vielleicht als Flughafenbetrieb eingestellt würde. Aber das können wir heute nicht absehen. Wir müssen abwarten, wie es kommt.

Wir gehen den Weg jetzt mit, auch vor allen Dingen wegen dem Gewerbepark, dem Baden-Airpark, der wirklich wichtig ist für die Region. Der auch für uns wichtig ist als eine Gemeinde mit relativ geringer Gemarkungsfläche. In diesem Sinne lassen Sie uns das vorangehen.

Vielleicht noch ein Wort: Wenn wir heute eine Selbstbindung beschließen, keine Zuschüsse mehr zu geben, der nächste Gemeinderat wird meines Wissens in vier Jahren gewählt. Der kann etwas ganz anderes beschließen. Eine Langfristbindung macht keinen Sinn, denn das kann keiner beschließen.

Stadtrat Hock (FDP): Ich sage es vorweg: Meine Fraktion ist heute auf jeden Fall zusammen mit der Verwaltung auf dem richtigen Weg. Dieser Flughafen hat sich die letzten Jahre bewährt. Er hat Arbeitsplätze geschaffen. Aber, wie Kollegin Meier-Augenstein gesagt hat, er ist schlecht an den ÖPNV angebunden. Den Autobahnanschluss bräuchte er dringend. Das war aber auch schon Thema bei der letzten Landtagswahl und wird auch dieses Mal Thema sein.

In der Vorlage ist eines ganz wichtig. Darauf gehe ich jetzt ein. Da steht Handlungsempfehlung und weiteres Vorgehen. Da steht ganz klar drin, gerade für international agierende Unternehmen ist die Anbindung an einen Flughafen ein wichtiges Kriterium bei der Ansiedlungsentscheidung. Meine Fraktion sagt, das ist für uns ein großes Thema. Kollegin Meier-Augenstein hat auch gesagt, die Verbindung Berlin und Hamburg – das ist eine größere Verbindung – wird von den Unternehmern hier aus unserer Region stark genutzt. Wenn wir dieses nicht hätten, dann würden vielleicht einige sagen, dann wird es für unseren Betrieb immer schwieriger. Die Frage stellt sich dann, bleiben wir hier oder gehen wir weg.

Deshalb gehen wir heute die Vorlage gerne so mit. Wir unterstützen dies, weil wir sicher sind, dass es die richtige Entscheidung ist, auch zum Wohle aller Unternehmer hier aus unserer Region.

Der Vorsitzende: Ich würde noch gerne zum Ergänzungsantrag der Grünen etwas sagen.

Die Stellungnahme der Verwaltung macht deutlich, dass wir eigentlich mit denselben Zielen agieren. Das spricht auch aus der Vereinbarung. Was langfristig ist oder nicht ist, können wir im Moment nicht entscheiden. Aber wir können natürlich sagen, wir haben vor, dass langfristig keine Zuschüsse mehr fließen. Wenn Sie erwarten, dass ich das noch einmal in der Gesellschafterversammlung artikuliere als Wunsch des Gemeinderates, dann können Sie es als erledigt betrachten. Das mache ich gerne, das ist kein Problem. Wenn Sie erwarten, dass es dann eine Reaktion der Gesellschafter in diesem Sinne geben soll, bevor ich weitermachen darf, dann würde das neue Gremienbeschlüsse der Gesellschafter erfordern. Dann muss ich Ihnen heute raten, das abzulehnen.

Insofern wäre für mich noch einmal wichtig, ob Ihnen ausreicht, dass ich das dort als Wunsch äußere, weil es auch unser Wunsch ist. Ich habe weder kurz- noch langfristig Lust, da Geld zu investieren. Wir wollen natürlich, dass es sich eigenständig finanziert. Unser Problem sind im Moment die Abschreibungen. Die sind nicht der operative Betrieb. Dann sind das zwei Zielvorstellungen, die ich gerne dort einbringe. Wenn es aber im Sinne einer Vereinbarung mit den Gesellschaftern gemeint ist, dann können wir das hier nicht entscheiden, weil das das ganze abgestimmte Paket wieder aufbröseln. Insofern einfach die Bitte, wie habe ich es zu verstehen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Dazwischen. Wir hatten diese Diskussion schon im Hauptausschuss. Ich habe jetzt ganz bewusst den Antrag so formuliert, dass es nicht Bestandteil der Rahmenvereinbarung selbst ist. Die tragen wir heute mit. Aber es geht uns schon um mehr, als nur einen Boomstar hineinzubringen, der dann keinen interessiert. Es geht darum, dass die Gesellschafter gemeinsam darauf hinwirken sollen bzw. die Stadt Karlsruhe als kleiner Gesellschafter innerhalb dieser BAG, der Flughafengesellschaft klar zumachen, dass sie zukünftig nicht damit rechnen kann, dass es Geld geben wird.

Wir hatten gerade die Diskussion, ob der Gemeinderat überhaupt etwas formulieren kann, was vielleicht erst in 10 Jahren gültig wird. Wenn es darum geht, Strategien zu entwickeln – das machen wir ständig – beschließen wir natürlich Dinge, die in die Zukunft gerichtet sind. Das ist hiermit gemeint. Der Flughafen muss sich darauf einstellen, auch in seiner wirtschaftlichen Entwicklung, in seiner strategischen Ausrichtung, dass er nicht damit rechnen kann – auch in 10 Jahren nicht -, dass jedes Jahr diese Investitionszuschüsse fließen.

In diesem Sinne ist es zu verstehen. Es ist schon mehr, als ein Wunsch. Es soll ein Beschluss sein, der den Gesellschafter beauftragt, zukünftig darauf hinzuwirken.

Der Vorsitzende: Dann schlage ich vor, dass wir doch darüber abstimmen und empfehle Ablehnung, weil ich da für andere Gesellschafter mehr oder minder einen Mitbeschluss fassen soll.

Zunächst kommt der Antrag der Grünen. Ich bitte um das Kartenzeichen. Das sind 5 Enthaltungen, 12 Zustimmungen; damit mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt die eigentliche Beschlussvorlage. Da sehe ich nur gelbe Karten. Das ist ein tolles Zeichen für den Betrieb des Flughafens, vor allem aber auch für das Gewerbegebiet dort.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
12. Januar 2016